



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND
VERWALTUNG

am Dienstag, 11.06.2013, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Erweiterung XXXL Mann Mobilia - Sicherung und Ausbau des bestehenden Standortes - Einzelhandelskonzept (Vorberatung)	Vorl.Nr. 147/13
-------	--	-----------------

Beschlussempfehlung:

Die Erweiterung des Möbelhauses XXXL Mann Mobilia am bestehenden Standort wird begrüßt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 0-Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Nicht anwesend: Stadtrat Siegmund

Beratungsverlauf:

OBM Spec eröffnet die Sitzung und verweist auf die dem Gremium vorliegende Vorl.Nr. 147/13, die im Anschluss von Herrn Steinert (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erläutert wird. Herr Steinert betont, dass die Erweiterung des Möbelhauses XXXL Mann Mobilia am bestehenden Standort aus Gründen der Wirtschaftsförderung zu begrüßen sei. Dabei verweist er auch auf die beschlossenen Einzelhandelskonzeption (Vorl. Nr. 452/07) und die darin enthaltenen Empfehlungen. Außerdem ergänzt Herr Steinert, dass mit den betroffenen Angrenzern bereits über die Erweiterungsabsichten der Firma Mann Mobilia gesprochen worden sei.

In der sich anschließenden Aussprache bringt Stadträtin Kreiser zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion die Standortsicherung auf der bereits bestehenden Fläche begrüße, zumal es sich für Ludwigsburg um ein wichtiges Warenssegment handle. Dabei hebt sie positiv hervor, dass die Betroffenen rechtzeitig mit einbezogen worden seien. Stadträtin Kreiser weist aber auch darauf hin, dass über die eigentliche Planung und die Verkehrserschließung noch ausführlich im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt zu beraten sei.

Unter dem Aspekt der Wirtschaftsförderung sei die Erweiterungsabsicht auf dem bestehenden Gelände zu begrüßen, so Stadtrat **Bohn**. Da das Vorhaben vor allem aus Eglosheimer Sicht nicht unerheblich sei, beurteilt er es als gut, dass der Stadteilausschuss frühzeitig mit eingebunden worden sei.

Aus Sicht von Stadträtin **Schneller** sei vor allem die qualitätsvolle Weiterentwicklung begrüßenswert.

Stadtrat **Gericke** dankt der Verwaltung für die Gliederung der Beschlussvorlage in die Bereiche des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung und in die des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt. Außerdem begrüßt er das intensive Beteiligungsverfahren. Die Schlussfolgerungen aus dem Einzelhandelskonzept seien gut nachvollziehbar, auch wenn er sich darüber wundere, dass bereits eine Fortschreibung erfolge.

Nach Aussage von Stadtrat **Müller** könne auch die FDP-Fraktion dem heutigen Beschlussvorschlag folgen. Die endgültige Entscheidung im Gemeinderat müssten aber von der deutlich schwierigeren Beratung im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt abhängig gemacht werden, bei der es dann unter anderem um die verkehrliche Erschließung gehen müsse.

Stadträtin **Burkhardt** weist darauf hin, dass die Anträge Vorl.Nr. 461/12 und 476/12 nicht wie in der Vorlage dargestellt von der LUBU, sondern vielmehr von der LUBU und der Linken gemeinsam gestellt worden seien. Von der Verwaltung werde erwartet, dass dies bis zur Sitzung des Gemeinderates am 26. Juni 2013 richtig gestellt wird.

Mit der Vorl.Nr. 476/12 habe man beantragt, dass das im Jahr 2008 begonnene Bebauungsplanverfahren weitergeführt werde. Die Auffassung, dass mit der Erweiterung des Bestandsmöbelhauses das Gebiet Mäurach eine Standortsicherung erfahre, werde nicht geteilt. Statt dessen sei man der Meinung, dass im Mäurach eine geordnete und nachhaltige städtebauliche Entwicklung gewährleistet sein müsse, eine menschenwürdige Umwelt gesichert werden solle und die Belange der Denkmalpflege zu berücksichtigen seien. Im Mäurach gebe es nämlich nicht, wie in der Vorlage ausgesagt, zwei Biotope, sondern, wie auf der Internetseite der Stadt Ludwigsburg ausgewiesen sei, vier. Auch sei es interessant zu erfahren, wie die im Gebiet des Bebauungsplanes liegenden Ausgleichsflächen der Firma Ikea berücksichtigt würden. Die Berücksichtigung und Abwägung aller Gesichtspunkte, die im Baugesetzbuch für die Aufstellung eines Bebauungsplanes durch die Gemeinden aufgeführt würden, seien der wesentliche Grund dafür, dass zunächst die vorgesehene Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes nicht gewünscht worden sei, der allein auf ein bereits feststehendes Vorhaben eines Investors ausgerichtet sei. Deshalb sei der Antrag gestellt worden. Mit dem Antrag 461/12 sei die Klärung offener Fragen beantragt worden. Man wolle zum Beispiel mit schriftlicher Vorlage darüber informiert werden, ob die durch die Erweiterungspläne der Firma Möbel Lutz verdrängten Nutzer in der Lage seien, die gepachteten Flächen aufzugeben. Dabei handle es sich um das Autohaus Mäurach, ein mittelständisches Unternehmen, und um den Schützenverein Eglosheim. Bei beiden Betroffenen stelle sich die Frage nach Ersatzgelände ohne neue Versiegelung freier Flächen. Dieser Antrag sei bisher nicht beantwortet. Stadträtin Burkhardt führt weiter aus, dass zwischen zwei Aufgaben der Stadtentwicklung abgewogen werde. Auf der einen Seite stehe das Interesse der Eglosheimer und eigentlich aller Ludwigsburger an einer Reduzierung des KFZ-Verkehrs auf der B27. Das hätten die Eglosheimer immer wieder und zuletzt bei der Bürgerbeteiligung zum Stadtentwicklungskonzept deutlich gemacht. Auf der anderen Seite stehe die Stadtverwaltung, Fachbereich Wirtschaftsförderung, mit ihrer eindeutigen Unterstützung der Vergrößerungspläne der Firma Möbel-Lutz, mit der Folge von mehr Verkehr auf der Bundesstraße. Abschließend betont sie, dass, solange die B27 mitten durch Ludwigsburg führe, keiner Planung mehr zugestimmt werde, die auch nur 100 Autos mehr auf die Straße brächte. Deshalb sei es nicht möglich, dem heutigen Beschlussantrag zuzustimmen. Stadträtin Burkhardt bittet darum, ihre Wortmeldung zu Protokoll zu nehmen.

Im Anschluss an die Aussprache stellt OBM **Spec** die für die Abstimmung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung vorgesehene Ziffer 1 der Vorl.Nr. 147/13 zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bericht der Jugendmusikschule Ludwigsburg e.V. wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Der im Haushaltsplan 2013 angesetzte städtische Zuschuss in Höhe von 727.700 EUR (institutioneller Zuschuss von 500.900 EUR sowie ein Mietzuschuss von 226.800 EUR) wird zur Auszahlung freigegeben.
3. Die Jugendmusikschule e.V erhält ab dem Haushaltsjahr 2014 einen zusätzlichen Zuschussbetrag i.H.v. 20.000,00 € p.a. für die anteilige Finanzierung des Konzeptes zur Förderung musikalischer Talente.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen, wobei über die Ziffern 1 und 2 gemeinsam und über die Ziffer 3 getrennt abgestimmt wird.

Der Beschluss zu Ziffer 1 und 2 wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 3 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist OBM **Spec** auf die dem Gremium vorliegende Vorl. Nr. 183/13, die der Schulleiter der Jugendmusikschule Ludwigsburg, Herr **Karsch** mit Hilfe einer Power –Point-Präsentation weiter ausführt.

In der anschließenden Aussprache wird dem Bericht vom Gremium insgesamt zugestimmt und der Dank zum Ausdruck gebracht.

Stadträtin **Kopf** begrüßt, dass die Jugendmusikschule neue Wege gehe und freut sich über den Erfolg, den die zusätzlichen Angebote und Kooperationen zeigten, zumal dies gut sei für die Kinder aller Schichten. Dabei betont sie, dass die neuen Ziele, die jetzt angegangen würden, gleichzeitig auch neue Herausforderungen darstellten und es wichtig sei, sowohl die Qualitätssicherung als auch die Qualitätsverbesserung im Auge zu haben. Der Vorschlag zur Talentförderung werde grundsätzlich begrüßt, müsse aber unbedingt so gestaltet sein, dass das Projekt nachhaltig sein könne. Abschließend erkundigt sie sich, wer über das Vorliegen einer förderfähigen Begabung entscheide.

Stadtrat **von Stackelberg** bedankt sich bei der Schulleitung und allen Beteiligten, die das Konzept mittrügen. Dies führe dazu, dass schwarze Zahlen geschrieben werden könnten, ohne dass dabei Einbußen im künstlerischen Bereich hingenommen werden müssten. Darüber hinaus machten es

die Kooperationen möglich, auch bereits ganz Junge einzubinden. Bei dem Vorschlag auf Talentförderung, die sehr wichtig sei, finde die Bemühung um eine Co-Finanzierung besondere Zustimmung.

Die Vorlage belege eine positive Entwicklung, trotzdem, so Stadtrat **Weiss**, müsse nach wie vor ein Augenmerk auf der Konsolidierung liegen und darauf geachtet werden, dass nicht Maß und Ziel aus den Augen verloren gingen. Die Förderung von Talenten sei gut, allerdings schlage die FW-Fraktion vor, das Projekt zunächst auf drei Jahre zu beschränken, um dann sehen zu können, wie sich die Finanzierung im Hinblick auf die Entwicklung der Spenden darstelle. Stadtrat Weiss stellt daher den Antrag, über den zusätzlichen Zuschussbetrag, wie in Ziffer 3 des Beschlussvorschlages vorgesehen, getrennt abzustimmen.

Einleitend warnt Stadtrat **Dr. Vierling** davor, den Vorschlag zur Finanzierung der Talentförderung mit der Erhöhung des Regelzuschusses in einen Topf zu werfen. Außerdem weist er auf die schwierige Situation bei der Spendengewinnung hin. Gegenüber dem Beschlussvorschlag drückt er die Zustimmung seiner Fraktion zu allen drei Punkten aus und freut sich darüber, dass die Musikschule offensichtlich finanziell gesundet sei. Seiner Meinung nach sollten die Gebühren auch nicht mehr weiter erhöht werden. Vor diesem Hintergrund erkundigt er sich, um wie viel Prozent die Gebühren in den letzten Jahren erhöht worden seien und ob es vielleicht bereits Abmeldungen wegen zu hoher Gebühren gegeben habe. Er bittet darum, bei kommenden Berichten eine Übersicht über die aktuelle Gebührenentwicklung beizulegen. Ein weiterer Aspekt der finanziellen Gesundheit sei aber wohl auch die Einsparung beim künstlerischen Personal. Ihn würde daher interessieren, wie viele Beschäftigungsverhältnisse die Jugendmusikschule in den letzten Jahren eingegangen sei bzw. wie viele Musikpädagogen ausschließlich auf Honorarbasis beschäftigt werden würden und ob diese auch bei den jährlichen Erhöhungen der Bezüge berücksichtigt würden. Die Freigabe des Zuschusses sei schon aufgrund der geleisteten kunstpädagogischen Arbeit selbstverständlich. Die Talentförderung stelle eine ideale Ergänzung dar und sei eine logische Konsequenz aus den zusätzlichen Angeboten und Kooperationen. Noch dazu sei der Antrag mit 20.000 Euro bei Gesamtkosten von ca. 36.000 Euro zurückhaltend. Auch die angedachte Erhöhung des Regelzuschusses in den folgenden Jahren ergebe sich seiner Meinung nach aus dem erweiterten Auftrag, den die Jugendmusikschule erhalten habe.

Die Zustimmung seiner Fraktion signalisierend betont Stadtrat **Dr. Heer**, dass die Breitenarbeit sehr wichtig sei, gleichzeitig aber kein Zwang sein dürfe. Außerdem fragt er nach, wie sich die Ganztageschule auf die Nachfrage bei der Jugendmusikschule auswirke.

Nach Aussage von Stadtrat **Kemmerle** könne sowohl die LUBU als auch Die Linke dem Beschlussvorschlag in allen drei Punkten zustimmen.

Nachfolgend beantwortet Herr **Karsch** die Fragen aus dem Gremium. Dabei erklärt er, dass die Talente häufig bereits von den Lehrkräften der Früherziehung herausgefiltert würden. Das Thema der Erhöhung des Regelzuschusses sei seiner Ansicht nach unbedingt frühzeitig anzusprechen. Gebührenerhöhungen würden grundsätzlich mit Rücksicht auf die Situation durchgeführt. Wie sich die Gebührenhöhe auf die Anmeldezahlen auswirke, lasse sich nicht nachvollziehen. Zur Frage nach der Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse beschränkt sich Herr Karsch mit dem Hinweis auf die Öffentlichkeit der Sitzung auf die Aussage, dass eine Umstrukturierung erfolgt sei. Welche Auswirkungen die Ganztageschule auf die Situation der Jugendmusikschule habe, müsse seiner Ansicht nach zunächst beobachtet werden, um dann vorsichtig planen zu können.

Im Anschluss an die Aussprache stellt OBM **Spec** den Beschlussvorschlag der Vorl. Nr. 183/13, Ziffer 1 und 2 gemeinsam zur Abstimmung.

Anschließend lässt er über den abweichenden Antrag von Stadtrat Weiss zu Ziffer 3 abstimmen, wonach die Gewährung des Zuschusses auf drei Jahre begrenzt werden solle. Dieser Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung vom Gremium mehrheitlich abgelehnt.

Darauf hin stellt OBM Spec die Ziffer 3 des Beschlussantrags der Vorl. Nr. 183/13 zur Abstimmung.

TOP 3

Parkregelung im Innenhof des Kunstzentrums
Karlskaserne
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 187/13

Beschlussempfehlung:

1. Der Innenhof des Kunstzentrums Karlskaserne bleibt Privatgrund und wird kein öffentlicher Parkplatz.
2. Die verfügbaren Stellplätze im Innenhof des Kunstzentrums Karlskaserne werden auf eine maximale Anzahl von 84 Stellplätzen festgelegt.
3. Dieser Parkbereich dient ausschließlich der Zubringung und Abholung von Kunst- und Musikschüler(innen), als Kurzzeit-Parkplatz für Schülereltern, Kursteilnehmer(innen) sowie Besucher der Einrichtungen und Veranstaltungen. Festangestellte und freie künstlerische Mitarbeiter zahlen Parkgebühren (vgl. Beschlussvorschlag 4).
4. Der in der Anlage dargestellten Entgelt- und Benutzungsordnung wird zugestimmt.
5. Bis zu 28 Stellplätze können bei Bedarf werktags vormittags an Teilzeitkräfte der Firma Mann+Hummel - bis zum Umzug des Werkes I in die Weststadt - vermietet werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen, wobei über die Ziffern 1 bis 4 gemeinsam und über die Ziffer 5 getrennt abgestimmt wird.

Der Beschluss zu Ziffer 1 bis 4 wird mit 14 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Der Beschluss zu Ziffer 5 wird mit 12 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Beratungsverlauf:

OBM Spec verweist auf die Vorl. Nr. 187/13, die Herr **Raithe** (FB Kunst und Kultur) nachfolgend näher erläutert. Dabei geht er vor allem auf die Entgelt- und Benutzungsordnung für die Parkplätze im Innenhof der Karlskaserne ein.

Stadträtin **Kreiser** freut sich, dass mit dieser Parkregelung klar zum Ausdruck komme, dass es sich beim Innenhof der Karlskaserne um einen Schul- und Kulturhof und nicht um öffentliche Parkplätze handle. Die vorgesehenen Staffelung der Tarife für die Nutzung der Stellplätze enthalte ihrer Meinung nach jedoch eine gewisse Ungleichbehandlung gegenüber anderen teilzeitbeschäftigten Mitarbeitern. Abschließend erkundigt sie sich, inwieweit die angedachte Überlassung von Stellplätzen an Mitarbeiter der Firma Mann+Hummel Auswirkungen auf eventuelle Ausgleichszahlungen an die BIMA habe.

Stadtrat **Bergold** signalisiert grundsätzliche Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Ganz wichtig sei es zu betonen, dass es sich beim Innenhof der Karlskaserne nicht um öffentliche Stellplätze handle. Um sicherzustellen, dass die Regelung von den berechtigten Nutzern nicht ausgenutzt werde, müssten seiner Meinung nach jedoch Kontrollen stattfinden. Da auch aus seiner Sicht die Gleichbehandlung der Mitarbeiter einen besonderen Stellenwert habe, erkundigt er sich über die Parktarife der städtischen Mitarbeiter im Vergleich zu den vorgeschlagenen Tarifen für die Lehrer der Jugendmusikschule.

Im Namen seiner Fraktion verweigert Stadtrat **Weiss** hingegen die Zustimmung, da deren Antrag nicht so bearbeitet wurde, wie man sich dies vorgestellt habe. Darüber hinaus halte er die Regelung, die die Entgelt- und Benutzungsordnung vorsehe für ungerecht da diese Einzelne privilegiere.

Da es mit der vorgeschlagenen Regelung gelänge, der Sondersituation der Karlskaserne gerecht zu werden, könne sich laut Stadtrat **Gericke** die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen mit dem vorgeschlagenen Kompromiss einverstanden erklären.

Da es nach Aussage von Stadtrat **Müller** eines der Hauptanliegen der FDP-Fraktion sei, aus dem Innenhof der Karlskaserne keinen öffentlichen Parkraum zu machen, kündigt auch er die Zustimmung an. Seiner Ansicht nach müsse aber damit gerechnet werden, dass es über kurz oder lang zu einer gewissen Überleitung der Parkgebühren komme – entweder in die Gebühren für die Teilnehmer oder aber in den Zuschuss der Stadt. Daher sei es auf jeden Fall sinnvoll, die Gebühren maßvoll, aber im Vergleich zu anderen Mitarbeitern auch gerecht festzulegen. Außerdem spricht auch er sich dafür aus, dass es eine effektive Überwachung mit überschaubarem bürokratischen Aufwand geben solle.

Stadtrat **Kemmerle** lehnt die Überlassung von Parkplätzen an die Firma Mann+Hummel, wie unter Ziffer 5 des Beschlussvorschlags vorgesehen, ab. Seiner Ansicht nach gebe es von dieser Seite keine erhöhte Nachfrage. Grundsätzlich gibt er zu Bedenken, dass die vorgeschlagenen Gebühren relativ hoch seien und betont, dass es vor allem darum gehe, eine gerechte Lösung zu finden.

Als Ergebnis der Aussprache sagt OBM **Spec** zu, dass bis zur Sitzung des Gemeinderates am 26.06.2013 noch zusätzliche Beratungshinweise erfolgten. Dabei gehe es zum einen um die Frage der Festsetzung der Parkgebühren unter dem Aspekt der Gleichbehandlung und zum anderen um die Frage, welche Auswirkungen die Überlassung von Stellplätzen an die Firma Mann+Hummel auf den damaligen Erwerbsvertrag mit der BIMA haben könnten.

Unter dieser Maßgabe stellt OBM **Spec** die Vorl. Nr. 187/13 im Gremium zur Abstimmung

TOP 4

Öffentlichkeitsarbeit mit Internet, Facebook und
Co. - Zwischenbilanz und Ausblick

Vorl.Nr. 108/13

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorl. Nr. 108/13 und übergibt das Wort an Herrn **Spear** (Büro Oberbürgermeister), der nachfolgend über die aktuelle Situation im Büro Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und über die erfolgreichen Entwicklungen der Stadt Ludwigsburg im Bereich des Internets einschließlich Facebook informiert.

In der anschließenden Aussprache weist Stadträtin **Kreiser** auf die Bedeutung des Facebook für alle Generationen hin und unterstreicht, dass die Eintragungen immer aktuell sein müssten.

Stadträtin **Kopf** regt an, zur Erweiterung des bisherigen Angebotes über eine geeignete Software zur Vergabe von Kindergartenplätzen nachzudenken.

Auch Stadtrat **Kopp** und Stadtrat **Weiss** begrüßen die Aktivitäten der Stadt Ludwigsburg im Internet bzw. in Facebook, da dies noch mehr Bürgerfreundlichkeit schaffe.

Stadtrat **Müller** erkundigt sich, welche Strategien verfolgt beziehungsweise welche Zielgruppen angesprochen würden. Er gibt zu Bedenken, dass genau überlegt werden müsse, welche Inhalte eingestellt würden und wie die Kontrolle erfolgen könne.

Stadträtin **Schneller** informiert darüber, dass auch die Links von und zu anderen Seiten häufig genutzt würden.

Nachfolgend gehen Herr **Spear** und Frau **Schmieder** (Büro Oberbürgermeister) auf die Fragen aus dem Gremium ein. Unter anderem erklärt Frau Schmieder auf Nachfrage von Stadtrat **von Stackelberg** dass es zwar mobile Seiten, bisher aber kein Ludwigsburg-App gebe.

Außerhalb der Tagesordnung erfolgt seitens der Verwaltung eine Stellungnahme zum Brief des Stadtrates Glasbrenner zu den jüngsten Entscheidungen und der Außendarstellung der Stadt Ludwigsburg.